Fragen zur GWÖ an OB-Kandidat:innen Bad Iburg

	Daniel Große-Albers/Bad Iburg/Unabhängig	**Thomas Riepenhoff/Bad Iburg/SPD**		
1.) Inwieweit stimmen Sie der Forderung nach einer Gemeinwohl-Orientierung aller wirtschaftlichen Aktivitäten zu?	Grundsätzlich möchte ich als Bürgermeister der Stadt Bad Iburg dem Klima- Natur- und Umweltschutz mehr Gewicht geben. Diese Themen sollten nicht nur auf Bundes- und Landesebene diskutiert und behandelt werden, sondern auch bei uns in der Kommune. Also vor der eigenen Haustür. Daher habe ich folgende Standpunkte, welche ich als Bürgermeister angehen möchte: - Den Energieverbrauch für alle gemeindeeigenen Gebäude ständig prüfen und Einsparungen erarbeiten - Ein Klimaschutzkonzept in Abstimmung mit dem Landkreis Osnabrück - Informationskampagnen zu Nachhaltigkeitsinitiativen durchführen - Baum- und Pflanzpartnerschaften von Privatperson fördern. In Zusammenarbeit mit dem Landkreis Osnabrück könnte ich mir daher auch einer Gemeindewohl-Orientierung aller wirtschaftlichen Aktivitäten vorstellen.	Den Gedanken einer wirtschaftlichen Gemeinwohlorientierung habe ich erst vor wenigen Monaten kennengelernt, indem ich das Buch von Felber "Gemeinwohl-Ökonomie" von einer Bürgerin aus Bad Iburg geschenkt bekam. Die dahinter stehende Grundidee ist in meinen Augen eine zukunftsträchtige Idee, die Unterstützung verdient.		

	Daniel Große-Albers/Bad Iburg/Unabhängig	Thomas Riepenhoff/Bad Iburg/SPD		
2.) Inwieweit unterstützen Sie die Idee, in Osnabrück eine zentrale Anlaufstelle für Gemeinwohlökonomie zu schaffen, damit unsere lokale Wirtschaft stärker dem Wohl aller Menschen dient? Diese soll Konzepte für Gemeinwohl und Kreislaufwirtschaft in Osnabrück erarbeiten und diese gemeinsam mit privaten Unternehmen in der Breite umsetzen.	Wie bereits erwähnt, bin ich dieser Idee sehr aufgeschlossen, möchte dies aber gemeinschaftlich zusammen mit dem Landkreis erarbeiten und Konzepte, auch zusammen mit Ihnen, entwickeln. Wir Kommunen im Landkreis Osnabrück sollten gemeinschaftlich diese Idee verfolgen und Ideen in diesem Bereich erarbeiten.	Eine zentrale Anlaufstelle auf kommunaler Ebene ist natürlich erstrebens- und unterstützenswert, steht sie doch für kurze Wege zur örtlichen Wirtschaft. Wie das konkret umsetzbar ist, ob beispielsweise im Rathaus oder bei einem GWÖ-nahen Unternehmen, lässt sich wegen fehlender Detailinformationen für mich erst nach der Kommunalwahl klären.		
3.) Was halten Sie von der Idee, ein Förderprogramm mit dem Ziel aufzulegen, dass Unternehmen mit Sitz in Osnabrück eine Gemeinwohlbilanz erstellen und dass perspektivisch auch kommunale Zuwendungen daran ausgerichtet werden, dass Unternehmen eine Gemeinwohl-Bilanz vorlegen? Inwieweit würden Sie diese Idee unterstützen? Haben Sie konkrete Umsetzungsvorschläge?	Auf Grund der angespannten Haushaltslage der Stadt Bad Iburg sehe ich zurzeit nur wenig Chancen für Förderprogramme, wo zu Lasten der Stadt Bad Iburg Kosten entstehen. Auch wenn ich mir was anderes wünschen würde, sehe ich hier kaum Möglichkeiten!	Die Idee ist grundsätzlich sehr gut. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es sich bei Förderprogrammen um freiwillige Leistungen handelt. Hier wären sie von der Stadt Bad Iburg zu leisten. Dabei ist ein Gedanke maßgeblich: Eine freiwillige Förderung lässt sich nur erbringen, wenn finanzielle Mittel nach Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben übrig sind. Meines Wissens ist die finanzielle Lage der Stadt Bad Iburg so prekär, dass an freiwillige Leistungen aktuell nicht zu denken ist. In den Medien wurde sogar schon die Schließung des städtischen Freibades thematisiert. Wie sich die finanzielle Lage mit Blick auf mögliche Förderprogramme tatsächlich darstellt, lässt sich für jeden neuen Bürgermeister aber erst nach der Wahl genau und mit Sicherheit feststellen.		

	Daniel Große-Albers/Bad Iburg/Unabhängig	Thomas Riepenhoff/Bad Iburg/SPD		
4.) Bitte positionieren Sie sich zu der Idee, dass die Stadt selbst mit gutem Beispiel vorangeht und alle städtischen Unternehmen (z. B. die Stadtwerke) ab dem Geschäftsjahr 2023 eine Gemeinwohl-Bilanz durch ein unabhängiges Auditoring erstellen lassen. Kennen Sie kommunale Beispiele?	Leider sind mir zurzeit keine kommunalen Beispiele bekannt. Könnte mir aber grundsätzlich gewisse unabhängige Auditorings in dem Bereich vorstellen. Aber auch hier verweise ich auf eine Zusammenarbeit mit Ihnen und dem Landkreis Osnabrück.	Jede Gemeinde dient kraft Gesetz dem Gemeinwohl, nämlich ihrer Bürgerschaft. Dabei sind Kommunen bei ihrem wirtschaftlichen Handeln an gesetzliche Vorgaben gebunden. Hier sind als Beispiele das Vergaberecht oder das Kostendeckungsprinzip kommunaler Einrichtungen zu nennen. Insofern dürften Gemeinwohlbilanzen von Unternehmen der freien Wirtschaft auf einer anderen Basis entstehen als die von Kommunen oder kommunalen Betrieben. Sollte die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz durch ein unabhängiges Auditoring mit zusätzlichen Kosten verbunden sein, handelt es sich um eine freiwillige Ausgabe für die Stadt Bad Iburg. Diese Ausgabe ist unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen in Bad Iburg durch die Bürgervertreter im Rat der Stadt zu bewerten. Meine persönliche Meinung: Der Gedanke einer Gemeinwohl-Bilanzierung ist erstrebenswert. Die Entscheidung auch nach Gemeinwohl zu bilanzieren hängt vor der dem Hintergrund der finanziellen Notlage in Bad Iburg von den dafür erforderlichen Mehrausgaben ab.		

	Daniel Große-Albers/Bad Iburg/Unabhängig	Thomas Riepenhoff/Bad Iburg/SPD		
5.) Inwieweit unterstützen Sie die Forderung, dass eine Gemeinwohl-Bilanzierung Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Unternehmen in Osnabrück wird?	Dies sehe ich ehr skeptisch und zum jetzigen Zeitpunkt für schwer umsetzbar!	Beim Thema GWÖ handelt es sich um einen Ansatz mit letztlich internationaler/ globaler Auswirkung. Insbesondere in kleineren Kommunen wie Bad Iburg wird die Gewerbeansiedelung jedoch erfahrungsgemäß von örtlichen Strömungen und Rahmenbedingungen geprägt. Insofern neige ich nicht dazu, eine Gemeinwohl-Bilanzierung als einzige, pauschale Voraussetzung für eine Ansiedelung auf den knappen örtlichen Gewerbeflächen vorzuschreiben.		
6.) Inwieweit unterstützen Sie die Idee, dass die Vergabe von Gewerbeimmobilien und -grundstücken sich zukünftig in steigendem Maße an Gemeinwohlkriterien ausrichten soll?	Auch dies sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt skeptisch und verweise noch einmal auf den Ideenkatalog, der aus meiner Sicht mit Ihnen, dem Landkreis sowie den Kommunen erarbeitet werden sollte.	Hier gilt das unter Frage 5 Gesagte, da nur die erstmalige Vergabe von Gewerbegrundstücke durch die Kommune geschehen kann. Werden Gewerbeimmobilien oder Grundstücke weiterverkauft, ist der Einfluss der Kommune begrenzt. Gleichwohl ist es erstrebenswert, den Gemeinwohlkriterien mehr Bedeutung beizumessen. Inwieweit hier kommunaler Einfluss zielgerichtet eingesetzt werden kann, wird nach meiner Einschätzung vom Einzelfall abhängen.		